

01.10.2019

Antrag

der Fraktion der SPD

Bildungsgerechtigkeit herstellen und Lehrkräftemangel gemeinsam bekämpfen – Alle Akteure an einen Tisch!

Ausgangslage

„Die Bewältigung des Lehrermangels ist eine Herkulesaufgabe. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler wächst dynamischer als angenommen.“

Mit diesem Zitat Jörg Drägers, dem Vorstand der Bertelsmann Stiftung, wird deutlich, dass der Lehrermangel in Deutschland dramatischer ist als bisher angenommen. Schon heute sind an Grundschulen 30 Prozent der Lehrerstellen unbesetzt.¹ Die Kultusministerkonferenz ist bisher von 15.300 fehlenden Lehrkräften an den Grundschulen ausgegangen. Eine Bertelsmann-Studie² fördert aber zutage, dass bis zum Jahr 2025 ca. 26.300 Lehrkräfte an den Grundschulen fehlen werden. Die Schulform der Grundschule ist folglich in besonderem Maße vom Lehrermangel betroffen.

Ähnliches gilt auch für die berufsbildenden Schulen. Bis 2030 werden 60.000 neue Lehrkräfte gebraucht. Der Lehrermangel in Deutschland trifft auch die Berufsschulen. Dies zeigt eine weitere Studie der Bertelsmann-Stiftung.³ Diese Forschungsergebnisse verdeutlichen das Ausmaß des Lehrermangels an der Schulform der Berufsschulen: Bis zum Jahr 2030 geht demnach fast die Hälfte der rund 125.000 Berufsschullehrer in den Ruhestand. Allein bis zum Jahr 2020 werden jährlich 4000 neue Berufsschullehrer durchschnittlich benötigt.

Lediglich an der Schulform des Gymnasiums wird ein Lehrkräfteüberhang von 16.000 Gymnasiallehrkräften in den nächsten zehn Jahren prognostiziert.

¹ „Schlechte Zeiten für I-Dötzchen?“ Welt am Sonntag, 1.09.2019

² Studie: „Steigende Schülerzahlen im Primarbereich: Lehrkräftemangel deutlich stärker als von der KMK erwartet.“ September 2019. <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2019/september/lehrermangel-in-grundschulen-bis-2030-groesser-als-bislang-erwartet/>

³ Studie: „Dringend gesucht: Berufsschullehrer.“ https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSSt/Publikationen/GrauePublikationen/LL_Berufsschullehrerbedarf.pdf

Datum des Originals: 01.10.2019/Ausgegeben: 04.10.2019

Neben dem generellen schulformspezifischen Lehrermangel gibt es noch den standortbezogenen Lehrermangel. Lehrkräfte meiden in der Regel Schulen, die besondere pädagogische Herausforderungen an sie stellen. Schulen in sozialen Brennpunkten haben besondere Anforderungen an das Personal und sind deshalb oft unattraktiv für Lehrkräfte. Dabei leisten Schulen in sogenannten sozialen Brennpunkten bereits schon Enormes. Integration und Inklusion sind hier seit Jahren gelebte Praxis. Die Lehrkräfte an diesen Schulen sind mit hohem Engagement und Enthusiasmus bei der Arbeit, um ihre Schülerinnen und Schülern in ihrem Lernprozess zu begleiten. Diese Schulen mit dieser Ausgangslage benötigen daher mehr personelle Unterstützung als Schulen im Umfeld privilegierter Einfamilienhausbebauung und dem Standorttyp 1.⁴ Alle Schulen mit dem Standorttyp 5 müssen analog zu den Talentschulen über die gleichen Ressourcen verfügen. Diese Schulen mit dem Standorttyp 5 haben nämlich einen erhöhten Bedarf an Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter als Schulen mit dem Standorttyp 1. Die Schülerschaft an diesem Standorttyp zeichnet sich z. B. dadurch aus, dass deren Eltern staatliche Unterstützungsleistungen beziehen oder die Familien eine Migrationsgeschichte haben. Diese Standortfaktoren führen zu einer erhöhten Heterogenität im Klassenzimmer, die zusätzliche Ressourcen benötigen. Die multiprofessionellen Teams sind hier nur unzureichend ausgestattet.

Alle bisher initiierten Maßnahmen des Ministeriums zur Lehrgewinnung haben nicht den Erfolg gebracht, den alle Akteure sich zum Wohle unserer Schülerinnen und Schüle sowie unserer Lehrerinnen und Lehrer wünschen.

Die Ursachen für diesen schulformbezogenen Lehrermangel sind dabei seit Jahren bekannt. Sie liegen einerseits in der seit langem angekündigten, aber bis heute nicht umgesetzten Besoldungsreform. Die fehlende Reform der Besoldung hat zu einer Unwucht in der Berufswahl der angehenden Lehrkräfte geführt. Viele junge Menschen strömen an die Schulform, die die beste Besoldung bietet. Die unterschiedliche Besoldung hat zu einem schulspezifischen Lehrermangel in den Schulformen der Grundschule, Haupt- und Realschulen geführt und die ausbleibende Reform verschärft die Situation mit jedem weiteren Einstellungstermin. Eine gleichmäßige Versorgung über alle Schulformen hinweg wird nur über eine gleiche Besoldung gesteuert werden können. Dieser Mechanismus ist in anderen Bundesländern wie Brandenburg und Berlin zu beobachten. Hier wird die Besoldung der Grundschullehrer ab 2019 auf A 13 angehoben.

Die ungleiche Besoldung geht mit einer ungleichen Arbeitszeitverteilung in den jeweiligen Schulformen einher.⁵ Dieser Ist-Zustand führt dazu, dass angehende Lehrkräfte die Schulformen der Grundschule, Haupt- und Realschule in der Regel nicht bevorzugt ansteuern, da hier ein erhöhtes Stundendeputat bei geringerer Bezahlung zu absolvieren ist.

⁴ Zur Beschreibung der Standorttypen 1 bis 5 siehe: https://www.schulentwicklung.nrw.de/e/upload/lernstand8/download/mat_2017/2017-02-08_Beschreibung_Standorttypen__weiterfhrende_Schulen_NEU_RUB_ang.pdf

⁵ 28 Pflichtstunden an der Grundschule
28 Pflichtstunden an der Hauptschule
28 Pflichtstunden an der Realschule
25,5 Pflichtstunden an der Sekundarschule
25,5 Pflichtstunden am Gymnasium
25,5 Pflichtstunden an der Gesamtschule
25,5 Pflichtstunden am Berufskolleg
27,5 Pflichtstunden an der Förderschule
27,5 Pflichtstunden an der Schule für Kranke

Zur Eindämmung des Lehrermangels wurde der Quereinstieg seitens des Ministeriums beworben. Die Gewinnung und Ausbildung von Quereinsteigern hat sich allerdings als weniger erfolgreich erwiesen, als vom Schulministerium erhofft.⁶ Quereinsteigern und den sie ausbildenden Schulen müssen attraktivere Angebote unterbreitet werden. Ferner ist es angesichts des schulformspezifischen Lehrkräftemangels dringend notwendig, den Wechsel zwischen Schulformen zu flexibilisieren um dynamischer auf den Lehrkräftemangel zu reagieren.

Die schwarz-gelbe Regierung hat im Koalitionsvertrag festgehalten, dass sie Rahmenbedingungen für einen bestmöglichen Unterricht im Primarbereich verbessern will. Dies sollte mit dem „Masterplan Grundschule“ geschehen, der schon damals zeitnah angekündigt wurde. Jedoch hat die Ministerin hier nach über zwei Jahren Regierungszeit noch nichts liefern können.

Der Landtag stellt fest,

- dass bis zum Jahr 2025 ca. 26.300 Lehrkräfte anstatt 15.300 Lehrkräfte an Grundschulen fehlen werden.
- dass der Lehrerberuf nicht an allen Schulformen für Lehramtsstudierende gleichermaßen attraktiv ist, da ein unterschiedliches Gehalt gezahlt wird.
- dass der Lehrerberuf nicht an allen Schulformen für Lehramtsstudierende gleichermaßen attraktiv ist, da ein unterschiedliches Stundendeputat absolviert werden muss.
- dass der Lehrerberuf nicht an allen Schulstandorten für Lehramtsstudierende gleichermaßen attraktiv ist. Die Tätigkeit an einer Schule mit dem Standorttyp 5 ist eine besondere berufliche Herausforderung.
- dass es im Sinne der Bildungsgerechtigkeit notwendig ist, dass alle Schulen, unabhängig von ihrer Lage und der sozio-ökonomischen Ausgangslage der Schülerschaft, den Bedarfen gemäß mit Lehrkräften versorgt werden. Brennpunktschulen werden zur Zeit nicht flächendeckend mit mehr Personal verschiedener Professionen ausgestattet.
- dass eine konsequente Besoldungsreform im Nachgang zum Bologna-Prozess trotz Ankündigung noch nicht auf den Weg gebracht wurde und die seit Regierungsantritt angekündigte Reform der Lehrkräftebesoldung vorzunehmen ist.
- dass die Maßnahme des Quereinstiegs nicht den gewünschten Erfolg zeigt.
- dass – insbesondere an Schulen in Stadtteilen mit besonderen Herausforderungen – Konzepte für die Implementierung multiprofessioneller Teams (z. B. mit Geschäftsverteilungsplänen zwischen den Professionen) von behördlicher Seite fehlen.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- diese Herkulesaufgabe gemeinsam anzugehen und einen Runden Tisch einzuberufen, an dem gemeinsam mit allen Akteuren aus dem Schul- und Bildungswesen wie den Fraktionen, Lehrgewerkschaften, Bildungswissenschaftlern, Landesschülerschaft und Landeselternschaft Lösungsmöglichkeiten konstruktiv diskutiert und ein möglicher Maßnahmenkatalog erarbeitet wird.

Thomas Kutschaty
Sarah Philipp
Eva-Maria Voigt-Küppers
Jochen Ott

und Fraktion

⁶ Trotz des gravierenden Lehrermangels an Grundschulen weitet die Landesregierung die Möglichkeit des Seiteneinstiegs nicht aus. Laut der Ministerin Gebauer wird es keine weitere Fächeröffnung für Seiteneinsteiger geben (Aussage aus dem Schulausschuss vom 11. September 2019).